Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

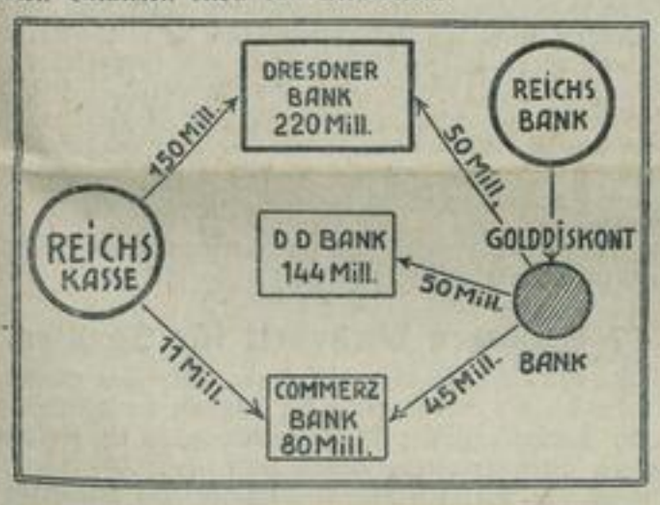
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 46 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 24. Februar 1932

Aufgefrischte Großbanken.

Vielleicht ist das, was die Reorganisation des deutschen Großbankwesens am meisten charakterisiert, nicht so sehr die Verschmelzung einzelner dieser Großbetriebe miteinander, so daß es jetzt neben der besonderen Zwecken dienenden Reichskredit-A.-G. und der überhaupt aus der Reorganisation herausgelassenen Berliner Handelsgesellschaft künftig nur noch drei Großbanken gibt. Erwähnenswert dabei ist die nun vollendete Großbankenzentralisierung in der Reichshauptstadt, wodurch auch die letzte der fünf großen Provinzbanken des Westens, der Barmer Bankverein, gleichfalls der Aufsaugung verfallen ist. Charakteristisch ist vielmehr doch wohl vor allem, daß das Reich seinen eigenen Kredit und seine eigenen Mittel in schärfster Weise anspannt und einsetzt, um den Großbanken nach deren bilanzmäßiger „Vereinigung" die ersten Schritte auf dem — hoffentlich besseren — Wege in die Zukunft zu ermöglichen. Wenn man alles zusammenrechnet, was das Reich direkt oder indirekt vom 13. Juli 1931, dem vielleicht schwärzesten Tage der deutschen Wirtschaftsgeschichte seit der Inflationszeit, an Barmitteln und Krediten bis zum 22. Februar, dem Tage der Bankenreorganisation, aufgewendet hat und aufwendet, so kommt man dabei auf eine Summe von rund 800 Millionen Mark. Das ist fast genau soviel, wie die bisherigen und jetzt reorganisierten bzw. gestützten Großbanken Berlins an — Aktienkapital aufgewiesen haben. Die „Krisenverluste" dieser Banken bei ihren Schuldnern betragen gemäß den nun veröffentlichten Bilanzen etwa 700 Millionen.



Wie wird den Großbanken geholfen?

Unser Schema soll in großen Zügen eine Übersicht über die komplizierten Finanzaktionen geben, mit denen die Reichsregierung die schwach gewordenen Großbanken wieder auf die Beine stellen will. Man sieht auf der einen Seite die Reichskasse, und man sieht an den Pfeilen, wohin die Reichsgelder als Unterstützung gegeben wurden. Man sieht auf der anderen Seite die Reichsbank, die auf dem Umweg über die Golddiskontbank ihren großen Kunden unter die Arme greift.

Das alles ist also eine Rettungsaktion derartigen großen Stiles, daß sie auch noch beträchtlich die für die Zwecke der Agrar- und der Osthilfe eingesetzten Summen übertrifft. Sie geht aber auch noch beträchtlich hinaus über die zusätzlichen Kreditgarantien, die für die Finanzierung unserer Exporte nach Rußland eingesetzt werden mußten. Aber die Fehler, die die Großbanken selbst bei ihrem Geschäftsgebaren begangen haben und die mit dazu beitrugen, daß sie wankten oder gar stürzten, teilweise daher gestützt werden mußten, ist man sich mittlerweile klar genug geworden. Diese Fehler dürfen auch über der leider unbestreitbaren, so verhängnisvoll wirkenden Tatsache nicht vergessen werden, daß der Stoß der Kreditentzüge durch das Ausland in Höhe von rund 3,5 Milliarden ebenso wie die deutsche und die Weltwirtschaftskrise gerade den deutschen Großkreditbanken Stoß um Stoß versetzten.

Die Reihe der begangenen Fehler, zu denen auch eine böse Geschäftsrivalität zwischen den Großbanken selbst gehörte, hier noch einmal aufzuzählen sei aus dem Grunde vermieden, weil es jetzt vor allem auf das Morgen und Übermorgen, weniger aber auf das Gestern und Vorgestern ankommt. Nur eines davon sei erwähnt, weil es damit in der Zukunft anders kommen muß. Diese Großbanken haben sich viel zu ausschließlich mit ihrer Kreditgewährung an die Großbetriebe gewandt, während der kleine und mittlere Unternehmer oder gar der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand oft laut, aber vergeblich nach Krediten von dieser Großbankseite her schrie. Wiederholt haben Regierungsstellen auf das volkswirtschaftlich Verfehlte dieser Kreditpolitik, auf die falsche Kreditverteilung hingewiesen; jetzt besitzt das Reich direkt und indirekt Einfluß genug, um zu erzwingen, daß kreditpolitisch andere Wege eingeschlagen werden. Es macht auch das Risiko der Kreditgewährung sehr viel geringer, wenn es sich auch auf größere Massen von wirtschaftlich mit ihrem Betrieb zusammengewachsener kleiner und mittlerer Unternehmer verteilen kann. Die Mehrzahl der Genossenschaftsbanken hat jedenfalls die Krise sehr viel besser überstanden als die „Großen", die mit Hunderten von Millionen jetzt „festgefrorener", größtenteils aber verlorener Kreditmassen für notleidend gewordene oder zusammengebrochene Großbetriebe sitzenblieben. Für die Stützung und Erhaltung von Genossenschaftsbanken hat das Reich aber nur einen Fonds von ganzen 20 Millionen Mark eingesetzt, über den es eine sehr „sparsame Hand" hält! Bekannt ist ja auch, daß die vom Reich gleichfalls gestützten Sparkassen bereits mehr als ein Drittel des ihnen im Herbst vergangenen Jahres gewährten Kredits zurückzuerstatten vermocht haben.

Wenn also die „Vereinigung" des deutschen Großbankwesens, die Abschreibung der „faulen" Schuldner, die Zusammenlegung der Aktienkapitalien, das Abstoßen überbewerteter Effektenbestände usw. usw. letzten Endes organisatorisch zu einer Bankenkonzentration führte, so tritt hierzu ja auch die zweite Notwendigkeit des scharfen Unkostenabbaus. Sie trifft die Menschen, die in dem bisher ausgedehnten Betrieb ihre Beschäftigung und ihr Brot fanden. Wieder wird — ebenso wie bei der Zusammenlegung der Deutschen und der Diskontobank wie nach dem Niederbruch der Danatbank — eine „Rationalisierung" nach der Personalseite hin erfolgen. Zwar hat das Reich für die Zahlung von Abfindungen an abzubauende Beamte und Angestellte 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, aber die Bankenkrise frißt trotzdem die Lebenskraft, den Arbeitswillen derer, die dem Abbau verfallen. Und wir haben doch aus den vergangenen Jahren alle deutlich genug gelernt, daß die beste Rationalisierung zum wirtschaftlichen Fehlgriff wird, wenn sie eines vergißt oder niederstampft: den Menschen. Infolgedessen sollte auch diese Seite der „Vereinigung" und Rationalisierung unseres Großbankwesens unter weitestgehender Schonung der bisher in ihm tätigen Menschen vor sich gehen.

Lebhafte Auseinandersetzungen im Reichstage

Die große Aussprache im Reichstag.

Um Reichspräsident und Reichskanzler.

Wenn man die Straße unter den Linden entlang ging auf das Brandenburger Tor und damit den Reichstag zu, so sah man das für alle Reichstagseröffnungen typisch gewordene Bild: Absperrende Schupo, leere Mannschaftswagen und — hier und da auch ein paar Menschen, die nicht übermäßig eilig dem Reichstag zustreben und nur oberflächlich von den Schupobeamten kontrolliert werden. Sonst merkt man in der Innenstadt nichts davon, daß der Reichstag wieder einmal zu einer seiner selten gewordenen Sitzungsperioden zusammentritt. Auch drinnen, im „Hohen Hause", herrscht zunächst Ruhe, soweit das bei dem Zusammenströmen der Hunderte von Abgeordneten und Tribünenbesuchern möglich ist. Das Haus ist überfüllt und als Präsident Loebe die Sitzung eröffnet, scheinen nur wenige Abgeordnete zu fehlen. Denn im Saal und auf den Tribünen verspricht man sich allerhand davon, daß der nationalsozialistische Redner Dr. Goebbels als erster in der Aussprache das Wort ergreifen soll. Denn, wenn seine Fraktion überhaupt im Reichstag anwesend war, dann begnügte sie sich bisher im allgemeinen mit der Abgabe einer formulierten Erklärung. Aber auch Dr. Goebbels spricht bei aller Polemik gegen die Politik der Regierung zunächst noch sachlich, spricht nur zu seiner Partei, wendet der Linken ganz augenfällig den Rücken, spricht hier und da auch nur zum Reichskanzler, der sich die Ausführungen des Redners mit unbewegtem Gesicht anhört. Fast ist alles erstaunt über diese Mäßigung des Redners. Doch langsam steigert der Redner seine Stimme und Angriffslust. Und als nun seine Ausführungen ganz in die Polemik gegen die Linke hinübergreifen, gibt es zunächst auch nur ein rednerisches Zwischenrufeturnier zwischen ganz links und ganz rechts, — das aber bald zum ganz lauten Krach wird.

Der Präsident ließ die feindlichen Heereshaufen eine Weile lang sich mit Drohungen und Beschimpfungen überhäufen. Als nun aber Goebbels die Ablehnung der Kandidatur Hindenburgs mit den Worten begründete: „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich werde dir sagen, wer du bist" und im nächsten Augenblick davon spricht, daß unter den Sozialdemokraten sich Deserteure befinden, bricht ein ungeheurer Lärm los. Von hinten nach vorn massieren sich die Scharen der Abgeordneten. Vergeblich läutet Präsident Loebe unaufhörlich; er versucht, durch Ordnungsrufe gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten die Ruhe wiederherzustellen, doch alles ist vergeblich. Die Sozialdemokraten verlangen Widerruf durch Goebbels und, als das nicht erfolgt, verhindern sie ihn durch Überschreien am Weitersprechen. Der Präsident vermag sich und das Haus nur durch Aufhebung der Sitzung aus einer untragbar gewordenen Situation zu retten.

Im neutralen Sitzungszimmer des Ältestenrates wird nun erst einmal festgestellt, was Dr. Goebbels wirklich gesagt habe. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erfährt man, daß im unkorrigierten Stenogramm der Rede zu lesen gewesen sei: Hindenburg werde gelobt von der Berliner Asphaltpresse, gelobt von der Partei der Deserteure. Wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes wird nun Dr. Goebbels aus dem Saal gewiesen, was aber naturgemäß die an und für sich schon brodelnde Erregung nur noch steigert. Es rasselt nur so von gegenseitigen Erklärungen, von Zwischenrufen und Beschimpfungen, und wenn irgendein Redner irgendeiner Partei — die Fraktionen der Mitte und die Sozialdemokratie schicken ihre Kriegsteilnehmer auf die Tribüne — sich bemerkbar zu machen sucht, so prallt er immer auf die unübertönbaren Zurufe und Massenchöre der anderen parteipolitischen Seite.

Nicht mehr parlamentarisch wird hier gesprochen, sondern es waltet der „rauhe, aber herzliche Kriegerton". Denn auch die Nationalsozialisten sparen nicht mit Worten scharfer Verteidigung für Dr. Goebbels. Sogar Pfeifen schrillen im Saal auf, als ein Redner der Sozialdemokratie gegen den Nationalsozialisten polemisiert, — bis dann endlich eine verhältnismäßige Ruhe eintritt, weil nun endlich der zweite Redner in der Aussprache, ein Kommunist, zum Worte greift.

Dr. Pr.

*

Sitzungsbericht.

(57. Sitzung.) CB. Berlin, 23 Februar.

Präsident Loebe eröffnete die Sitzung. Am Regierungstisch haben Reichskanzler Dr. Brüning, Vizekanzler Dietrich und die Reichsminister Stegerwald, Groener, Joel, Schiele und Schlange Schöningen Platz genommen.

Zunächst erfolgen die üblichen geschäftlichen Mitteilungen. Der kommunistische Abg. Torgler beschwert sich über

die polizeilichen Absperrmaßnahmen,

wodurch Abgeordnete beim Betreten des Hauses gehindert worden seien. Er beantragt dann sofortige Aufhebung dieser Absperrmaßnahmen und Entfernung der Polizei aus dem Reichstagsgebäude. Da Widerspruch erfolgt, findet die sofortige Beratung des Antrages nicht statt.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Beschlußfassung des Reichstages über den

Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten.

Damit ist verbunden die große innen- und außenpolitische Aussprache.

Reichsminister Groener

begründet den Vorschlag der Reichsregierung, als Wahltag für den ersten Wahlgang den 13 März und als Tag für einen eventuellen zweiten Wahlgang den 10. April festzusetzen. Da am 5. Mai die Amtsperiode des Reichspräsidenten abläuft, so müsse dann ein neugewählter Präsident zur Übernahme des Amtes vorhanden sein. Nach den Ausführungsbestimmungen des Wahlgesetzes für den Reichspräsidenten sei eine Beschlußfassung des Reichstages über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich, wenn dessen Notwendigkeit feststehe. Es empfehle sich aber schon jetzt, einen Eventualbeschluß über den Tag des zweiten Wahlganges festzusetzen. Während der österlichen Zeit könne natürlich eine Wahl nicht stattfinden. Daraus ergeben sich die beiden Wahltermine des 13. März und des 10. April.

Die Reichsregierung werde dafür sorgen, daß die Wahlvorbereitungen ungestört vor sich gehen können. Allen Versuchen, Wahlversammlungen durch gewalttätiges Vorgehen zu verhindern und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, werde auf das schärfste entgegengetreten werden.

Als erster Redner zur Aussprache nimmt

Abg. Dr. Goebbels

das Wort. Das hervorstechendste politische Merkmal der Entwicklung in den letzten zwei Jahren sei der 14. September. Aus dem Verfall der bürgerlichen Parteien kristallisierte sich eine

6½-Millionen-Armee der Nationalsozialisten.

Statt sie an der Macht zu beteiligen, hat Reichskanzler Dr. Brüning erklärt, es bleibe beim alten Kurs; das sei eine Verfälschung des Wahlergebnisses. Die Annahme, es handle sich beim Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung um eine kurze Fieberkurve, hat sich seitdem als trügerisch erwiesen. Nicht die Schuld der Nationalsozialisten sei es, daß

der deutsche Kredit im Auslande ins Wanken gekommen

sei (lebhafter Widerspruch links und im Zentrum). Das sei die Schuld der Regierung, die verhindert habe, daß die Nationalsozialisten den Anteil an der Macht erhielten, den ihnen das Volk durch die Wahl zugesprochen habe. Der Redner umreißt die augenblicklich wirtschaftspolitische und außenpolitische Lage Deutschlands, die ein Bild grauenhafter Verwüstung biete.

Die Notverordnungspolitik

habe die Gesundheit des deutschen Volkes zerrüttet. Im Innern verschärfen sich die Gegensätze immer mehr und die Gefahr eines Bürgerkrieges wächst von Tag zu Tag. Auch in seiner Finanzpolitik habe der Reichskanzler völlig versagt. Er wollte erst die Finanzen sanieren und dann die außenpolitischen Fragen in Angriff nehmen. Das war von vornherein ein Fehlschluß. Die Finanzen sind in Unordnung, weil sie ewig durch die Tributpolitik bedroht werden. Man kann keine Außenpolitik betreiben, ohne

ein geschlossenes, einiges und einsatzbereites Volk

hinter sich zu haben. In der Außenpolitik habe die Reichsregierung eine katastrophale Niederlage nach der andern erlitten, weil ihr die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes fehle. Wundert man sich, wenn Deutschland unter diesen Umständen vor der Welt jede Bündnisfähigkeit verloren habe? Die Entwicklung seit der Machtübernahme des Reichskanzlers Brüning stelle das zwangsläufige Ergebnis der Antwort dar, die in Deutschland seit dem 9. November 1918 Platz gegriffen habe. Am 14. September 1930 erhielt das amtliche Deutschland für diese zwölfjährige Politik des Verfalls vom Volke die Quittung. Die Nationalsozialisten haben das Recht.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF